

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftspolitik

Nr. 605/13 vom 20. November 2013

Das Absinken der Zahl der Auszubildenden in den Freien Berufen ist ein Alarmsignal

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Geschichte der Freien Berufe in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Das macht uns aber nicht frei davon, darüber nachzudenken, ob es nicht noch besser geht.

Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen ist in Schleswig-Holstein zwischen 2008 und 2012 um 19 Prozent auf 41.000 gestiegen.

Dabei war selbst in den Krisenjahren, also 2008 und 2009, kein Einbruch zu verzeichnen. Die Freien Berufe haben als Arbeitgeber 85.000 Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 4.500 Azubis.

Damit leisten die Freien Berufe einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften, aber auch zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Die Angehörigen der Freien Berufe sind aber auch über diese Erfolgswerte hinaus von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Sie sind, wie der Name schon sagt, frei und stehen für Selbstständigkeit, für Eigenverantwortung und für

Kreativität.

Deshalb sollte es ein Alarmzeichen sein, wenn die Anzahl der Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen in den Freien Berufen in Schleswig-Holstein sinkt.

Zu den Freien Berufen zählen mitnichten nur die Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Ärzte. Die freien Kulturberufe wie Journalisten und Bildberichterstatter bilden die größte Gruppe unter den selbstständigen Freiberuflern.

Dazu kommen Lotsen und Ingenieure von deren Dienstleistungen wir in Schleswig-Holstein nicht erst seit den Ereignissen um den NOK und die A 20 in besonderer Weise abhängig sind. Es muss deshalb das Ziel der Landesregierung sein, wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für die Freien Berufe und den Mittelstand insgesamt zu schaffen.

Aber das sehe ich leider in Schleswig-Holstein nicht, angesichts Tariftreue- und Vergabegesetz, Mindestlohngesetz und Registergesetz bleibt das Vertrauen auf der Strecke. Denn alle Dienstleistungen, gleich welcher Art, werden von Ihrem TTG erfasst. Dazu zählen auch freiberufliche Leistungen.

Ich fürchte, dass für viele Freiberufler unter diesen Bedingungen die Teilnahme an Vergabeverfahren durch das Tariftreue- und Vergabegesetz deutlich aufwendiger und ob des Bürokratieaufwandes auch unsicherer wird. Das führt dazu, dass sich viele Freiberufler zurückziehen werden. Das ist in einer Zeit, in der das Land dringend Menschen braucht, die Kanäle und Autobahnen planen können, umso schlimmer.

Deshalb müssen wir alles daran setzen, die Bedingungen für die Sicherung der Fachkräfte zu verbessern. Dazu gehört auch, dass wir das Potential aus dem Bereich der Beschäftigung von Frauen, Migranten und älteren Arbeitnehmern voll ausschöpfen. Das gilt genauso für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in der Ansiedlungspolitik.

Lassen sie uns gemeinsam im Wirtschaftsausschuss daran arbeiten.